



Protokoll

28. Sitzung des Kreistages mit öffentlichem und nichtöffentlichem Teil am Montag, 29.07.2013 im Saal der Kreissparkasse MSE in Ebersberg, Sparkassenplatz 1

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 19:17 Uhr

Vorsitzender: Robert Niedergesäß

Schriftführer: Peter Kammerl

Anwesend sind:

Alte, Florian		Schurer, Ewald	ab 15.48 Uhr, bis 18.37 Uhr
Brilmayer, Florian	bis 18.30 Uhr	Winter, Bernhard	
Eisenschmid, Siegfried		Feil, Franz	
Föstl, Magdalena		Finauer, Franz	bis 18.20 Uhr
Huber, Thomas		Gietl, Gerd	
Langlechner, Franz		Heiler, Rudolf	
Lauterbach, Rainer		Maurer, Ludwig	bis 18.20 Uhr
Lechner, Martin	bis 18.10 Uhr	Ossenstetter, Simon	
Linhart, Susanne		Reitsberger, Georg	
Mayr, Piet		Ackstaller, Ilke	
Niebler, Angelika Dr.		Gerneth, Christine	bis 18.50 Uhr
Ockel, Udo	bis 18.30 Uhr	Greithanner, Franz	bis 18.30 Uhr
Pfluger, Franz		Gruber, Waltraud	bis 18.53 Uhr
Riedl, Johann		Häuser, Doris	
Schmidt, Arnold		Maier, Max	
Schwäbl, Josef		Mayer, Benedikt	bis 18.30 Uhr
Schwaiger, Johann		Oellerer, Reinhard	bis 19.00 Uhr
Seebauer, Ludwig		Peters, Martin	
Stewens, Christa	ab 15.40 Uhr, bis 18.15 Uhr	Spieth, Wolfgang	bis 18.35 Uhr
Vodermair, Manfred		Will, Wolfgang	bis 16.45 Uhr
Vollhardt, Hans		Reindl, Rosi	
Wagner, Martin		Abwesend sind:	
Wieser, Bernhard		Lenz, Andreas Dr.	
Zistl, Josef		Renner, Leonhard	
Bittner, Ursula		Kroll, Thomas	
Brückmann, Sabine		Schindler, Götz Dr.	
Esterl, Martin		Weindl, Max	
Hingerl, Albert		Will, Renate	
Kirchner, Ralf	ab 16.15 Uhr		
Lenz, Günter			
Platzer, Elisabeth			
Schurer, Brigitte			

Robert Niedergesäß
Vorsitzender

Peter Kammerl
Schriftführer

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Ö Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung
- TOP 2 Ö Personalien und Ehrungen
- TOP 2.1 Ö Gedenken an den verstorbenen Kreisrat Werner Lampl
- TOP 2.2 Ö Dienstjubiläum des Kreisheimatpflegers Markus Krammer
- TOP 2.3 Ö Ehrung von Feldgeschworenen für langjährige Tätigkeit
- TOP 2.4 Ö Runde Geburtstage von Mitgliedern des Kreistages
- TOP 2.5 Ö Vorstellung von Dr. Michaela Kluge als juristische Staatsbeamtin im Landratsamt
- TOP 3 Ö BürgerInnen fragen
- TOP 4 Ö Mitgliedschaft im Kreistag;
Nachbesetzung des Sitzes von Kreisrat Werner Lampl
Vorlage: 2013/1869/1
- TOP 5 Ö Haushalt 2013; Änderung der Warteliste
Vorlage: 2013/1883/1
- TOP 6 Ö Haushalt 2014;
Finanzrahmen für die Fachausschüsse (Eckwerte)
Vorlage: 2013/1767/1
- TOP 7 Ö Liegenschaften;
Generalsanierung Landratsamt Ebersberg;
Größe des Sitzungssaals
Vorlage: 2013/1864/2
- TOP 8 Ö Bekanntgabe von Eilentscheidungen
- TOP 9 Ö Informationen und Bekanntgaben
- TOP 9.1 Ö Informationen und Bekanntgaben; geplante B15 neu durch den Landkreis Ebersberg
- TOP 9.2 Ö Informationen und Bekanntgaben; Antrag der Fraktion B90/Die GRÜNEN zu Mindestabständen zu Windkraftanlagen
- TOP 10 Ö Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung
- TOP 11 Ö Anfragen
- TOP 11.1 Ö Anfrage KRin Ursula Bittner zur Umplanung der Generalsanierung des Landratsamtes
- TOP 11.2 Ö Anfrage KR Ewald Schurer zur Veröffentlichung von Niederschriften des Kreistages und seiner Ausschüsse
- TOP 11.3 Ö Anfrage KR Albert Hingerl zur Sicherstellung des Rechtsanspruches auf einen Kinderbetreuungsplatz

Öffentlicher Teil

TOP 1 ö Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung

Landrat Robert Niedergesäß begrüßte die Anwesenden zur Sitzung des Kreistages. Er gab die Entschuldigungen bekannt und stellte fest, dass der Kreistag ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Weiter stellte er fest, dass es zur Niederschrift der 27. Sitzung des Kreistages am 13.05.2013 keine Einwände gab. Damit gelte diese Niederschrift als genehmigt.

TOP 2.1 ö Personalien und Ehrungen;
Gedenken an den verstorbenen Kreisrat Werner Lampl

Landrat Robert Niedergesäß gedachte an KR Werner Lampl, der am 20. Mai 2013 überraschend gestorben ist. Auf seine Bitte erhoben sich die Mitglieder des Kreistages zu einer Schweigeminute von ihren Plätzen.

TOP 2.2 ö Personalien und Ehrungen;
Dienstjubiläum des Kreisheimatpflegers Markus Krammer

Landrat Robert Niedergesäß sprach dem Kreisheimatpfleger Markus Krammer zum 40-jährigen Dienstjubiläum den Dank des Landkreises aus.

Herr Krammer gab seiner Freude Ausdruck, dass der Kreistag sein Dienstjubiläum in dieser Form würdigte, und bedankte sich für die Unterstützungen, die er in den letzten 4 Jahrzehnten erhalten habe.

TOP 2.3 ö Personalien und Ehrungen;
Ehrung von Feldgeschworenen für langjährige Tätigkeit

Landrat Robert Niedergesäß begrüßte die Feldgeschworenen und händigte ihnen für ihre langjährige Tätigkeit Urkunden des Bayerischen Staatsministers der Finanzen aus.

Josef Wimmer, Frauenneuharting	50 Jahre
Johann Eck, Egming	40 Jahre
Josef Frombeck, Egming	40 Jahre
Johann Messerer, Egming	40 Jahre
Josef Maier, Egming	25 Jahre
Martin Maurer, Poing	25 Jahre
Herr Pankraz Kirchlechner, Emmering	25 Jahre
Herr Manfred Würfl, Zorneding	25 Jahre

Im Anschluss daran dankte Vermessungsdirektor Hans Baumgartner vom Vermessungsamt Ebersberg den Feldgeschworenen ebenfalls und überreichte ihnen jeweils ein Geschenk.

TOP 2.4 ö Personalia und Ehrungen;
runde Geburtstage von Mitgliedern des Kreistages

Landrat Robert Niedergesäß gratulierte KRin Ilke Ackstaller und KR Hans Vollhardt, die seit der letzten Sitzung des Kreistages einen runden Geburtstag feiern konnten. Er überreichte Frau Ackstaller zu ihrem 60. Geburtstag einen Blumenstrauß. Herr Vollhardt hatte zu seinem 75. Geburtstag schon einen Geschenkkorb erhalten.

TOP 2.5 ö Personalia und Ehrungen;
Vorstellung von Dr. Michaela Kluge als juristische Staatsbeamtin im Landratsamt

Landrat Robert Niedergesäß gab bekannt, dass Frau Kluge seit dem 1. Juli als juristische Staatsbeamtin die Abteilung 3, Öffentliche Sicherheit und Gemeinden, leitet. Frau Kluge stellte sich dem Kreistag mit ein paar Worten vor.

TOP 3 ö BürgerInnen fragen

Keine

TOP 4 ö Mitgliedschaft im Kreistag;
Nachbesetzung des Sitzes von Kreisrat Werner Lampl

Sitzungsvorlage 2013/1869/1

BL/014

Landrat Robert Niedergesäß trug den Sachverhalt aus der Sitzungsvorlage vor und stellte den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.



Der Kreistag fasste folgenden Beschluss:

einstimmig

- 1. Es wird festgestellt, dass nach dem amtlichen Endergebnis der Kreistagswahl vom 02.03.2008 Herr Dr. Ludwig Seebauer, Orthopäde aus Schwaberwegen, Gemeinde Forstinning, als Listennachfolger in den Kreistag nachrückt.**
- 2. Herr Dr. Seebauer ist nach Art. 24 Abs. 4 LkrO zu vereidigen.**
- 3. Nach dem Nachrücken von Herrn Dr. Ludwig Seebauer in den Kreistag wird der Jugendhilfeausschuss wie folgt neu besetzt.**

	bisher	nun
Mitglied	Werner Lampl	Dr. Ludwig Seebauer
Stellvertreter	Bernhard Wieser	Bernhard Wieser

Nach der Abstimmung bat er KR Dr. Ludwig Seebauer zu sich nach vorne und nahm ihm den Eid nach Art. 24 Abs. 4 Landkreisordnung ab und überreichte ihm ein Begrüßungsgeschenk.

TOP 5 ö	Haushalt 2013; Änderung der Warteliste
---------	---

Sitzungsvorlage 2013/1883/1

SFC / HH 2013 / Warteliste

An der Beratung nahm teil:

Brigitte Keller Leiterin der Stabsstelle Finanzen und Controlling

Landrat Robert Niedergesäß übergab das Wort an Frau Keller zum Sachvortrag. Frau Keller trug diesen, begleitet von einer PowerPoint-Präsentation vor.

Die Warteliste werde in der Regel in der Oktober-Sitzung des Kreistages beschlossen. Dieses Jahr werde sie ausnahmsweise im Dezember, zusammen mit der Neufassung der Finanzleitlinie, beschlossen. Wegen der Dringlichkeit der beiden Maßnahmen "EBE 17 - Ausbau Kreuzungsbereich Gruber Straße - A94 zwischen Poing und Vaterstetten" und der Erweiterung der Realschule Vaterstetten müsse die Warteliste in diesen beiden Punkten nun schon in dieser Sitzung geändert werden.

Der Landkreis Ebersberg habe keine Möglichkeit, den Kreuzungsumbau zu verhindern. Die Finanzverwaltung empfehle, diese von der Warteliste zu nehmen und in die Haushalts- und Finanzplanung 2013 und 2015 einzuplanen. FSK-Ausschuss und Kreis- und Strategieausschuss hätten sich für die Erweiterung der Realschule Vaterstetten ausgesprochen. Das Finanzmanagement schließe sich dieser Auffassung an.

Landrat Robert Niedergesäß ergänzte, dass er selbst den Kreuzungsumbau im vorigen Jahr erst auf die Warteliste habe setzen lassen, weil das Thema zum damaligen Zeitpunkt noch nicht entscheidungsreif gewesen sei. Das sei nun der Fall. Der Landkreis könne das Projekt nur verzögern, nicht aber verhindern. Die Gemeinde Vaterstetten trage im Verhältnis zwischen Landkreis Ebersberg das Kosten- und das Zuschussrisiko.

Zur Realschule: Die Zweckverbandsversammlung entscheide rechtlich selbstständig. Ihm sei wichtig, dass der Kreistag bei einer so zentralen Maßnahme eingebunden werde. Die Zweckverbandsversammlung finde noch in dieser Woche statt.

KRin Ilke Ackstaller teilte mit, dass die Fraktion Bündnis90/Die Grünen die Straßenbaumaßnahme an A94 und EBE 17 wegen der Versiegelung der Landschaft ablehne. Sie beantragte getrennte Abstimmung. Landrat Robert Niedergesäß sagte dies zu.

KRin Doris Häuser begrüßte, dass die Realschule Vaterstetten ein Abstimmungsthema im Kreistag sei.

Landrat Robert Niedergesäß stellte zum Abschluss den Beschlussvorschlag aus der Sitzungsvorlage zur Abstimmung.



Der Kreistag fasste folgenden Beschluss:

Ziffer 1

gegen 14 Stimmen

Ziffern 2 und 3

einstimmig

- 1. Die Maßnahme 910-17-XX wird bezüglich des Kreuzungsumbaus von der Warteliste genommen und in die Haushalte 2014 und 2015 eingeplant.**
- 2. Die Maßnahme „Erweiterung Realschule Vaterstetten“ soll von der Warteliste genommen werden. Über die Art der Finanzierung des Anteils für den Landkreis Ebersberg wird im Rahmen der Haushaltsplanung 2014 entschieden.**
- 3. Der Landkreis spricht sich für die Variante „Nordanbau“ (Grobkostenschätzung ca. 5,5 Mio. €, Anteil des Landkreises Ebersberg nach Abzug der Zuschüsse ca. 3,15 Mio. €) aus, die in einem Bauabschnitt realisiert werden soll.**

TOP 6 ö	Haushalt 2014; Finanzrahmen für die Fachausschüsse (Eckwerte)
---------	--

Sitzungsvorlage 2013/1767/1

SFC/HH2013/Eckwerte

An der Beratung nahm teil:

Brigitte Keller

Leiterin der Stabsstelle Finanzen und Controlling

Landrat Robert Niedergesäß führte in das Thema ein. Mit dieser Sitzung beginne die Haushaltsplanung für 2014. Er verwies auf die 5 Eckpunkte der Finanzleitlinie. Die Gemeinden dürften nicht überfordert werden. Gleichzeitig müsse der Landkreis zukunftsorientiert investieren. Positiv sei, dass der Bezirk die Bezirksumlage senken werde. Jugendamt und Finanzverwaltung hätten sich abgestimmt und legen einen gemeinsamen Eckwert vor. Er möchte sich dafür einsetzen, dass der Problemdruckindikator beim Jobcenter abgeschafft werde. Weiter sei ein Bundesteilhabegesetz für Menschen mit Behinderungen zu fordern. Das Thema Bildung habe weiterhin hohe Priorität. Mit den Anträgen der SPD- und der FW-Fraktion und seinen eigenen Aktivitäten werde der Landkreis der Wohnraumnot entgegenzutreten.

Seiner Ansicht nach könne der Landkreis mit den vorliegenden Eckwerten seinen Aufgaben nachkommen.

Er übergab das Wort an Frau Keller, die den Sachvortrag mittels einer PowerPoint-Präsentation vortrug.

- Der Eckwert befasst sich nicht mit den Investitionen. Neue Investitionen (über 200.000 Euro Gesamtvolumen) werden von den Fachausschüssen auf die Warteliste gesetzt.
- Die Schulden des Landkreises belaufen sich am 1.8.2013 auf 59,7 Mio €.
- Von 2009 bis 2013 hat der Landkreis Ebersberg die Eckwerte nur um 1,086 Mio. € angehoben. Die Kreisumlage 2013 war um 6,518 Mio. € höher als im Jahr 2009. 5,7 Mio. € musste der Landkreis 2013 aber mehr an den Bezirk abführen, der dafür zu 95 % soziale Aufgaben finanziere.
- Der Bezirkstagspräsident hat die Landräte informiert, dass die Bezirksumlage um voraussichtlich 0,5 Punkte gesenkt werde. Für den Landkreis bedeutet das nur eine Steigerung um weniger als 300.000 €.
- Der Landkreis Ebersberg kann die steigenden Sozialausgaben derzeit nur aus der Steigerung der Umlagekraft finanzieren.

- Im Jahr 2008 war dem Landkreis von der Kreisumlage am meisten geblieben. 2011 musste er mehr als die Hälfte als Bezirksumlage an den Bezirk Oberbayern abführen. 2013 senkt sich der Anteil der Bezirksumlage wieder.
- Bei gleichbleibender Kreisumlage kann der Landkreis 2014 wegen der Erhöhung des Anteils an der Einkommenssteuer zwischen 3,5 und 4,5 Mio. € erzielen. Die Bezirksumlage wird sich in absoluten Zahlen um weniger als um 300.000 € erhöhen. Das ermögliche eine Erhöhung der Eckwerte, ohne dass die Kreisumlage erhöht werden muss.
- Zu der Höhe der Schlüsselzuweisungen könne sie keine Aussage treffen, weil die Gespräche dazu erst im Dezember sein werden.
- In den Jahren 2011 und 2012 hatte der Landkreis wegen der Bankenkrise ein negatives Ergebnis geplant und erzielt. Damit sind die Gemeinden entlastet worden.
- Einige Budgets der Sachgebiete sind weiterhin an ihrer untersten Grenze. Die Sachmittelkürzungen wurden bereits 2013 zurückgenommen.

Frau Keller meinte, aus Sicht der Finanzverwaltung sind die Anstrengungen auch für 2014 darauf auszurichten, einen möglichst hohen Ergebnisüberschuss auszuweisen, mindestens in Höhe des Vorjahres (5,9 Mio €). Die Einnahmesituation der Gemeinden verbessert sich bereits seit 2010, die des Landkreises erstmals wieder seit 2013. Die Ergebnisse der beiden Vorjahre waren schlechter als geplant. Auf Nachfrage von KR Ewald Schurer, an was das gelegen habe, führte sie aus, die Details habe sie in den Fachausschüssen erläutert. Aber im Wesentlichen habe der Landkreis ein Einnahmeproblem. Es hätten 1 Mio. € Einnahmen bei der Gewerbesteuer und 500.000 € bei der Grunderwerbssteuer gefehlt.

Personalkosten: Die Kostenentwicklung bereitet ihr Sorge. Im Stellenplan 2012 und 2013 gab es insgesamt 12 Stellenmehrungen, die 10 Jahre davor keine Einzige.

KRin Ursula Bittner fügte ein, dass bei der Darstellung des Verhältnisses Bezirksumlage zu Kreisumlage vergessen worden sei, zu erwähnen, dass in der Zwischenzeit Aufgaben des Kreises auf den Bezirk übergegangen seien, nämlich insbesondere die Eingliederungshilfe für Behinderte. Weiter führte sie aus, dass es möglich gewesen wäre, die Bezirksumlage um einen Prozentpunkt zu senken. Der Wunsch der Landräte sei aber gewesen, die Bezirksumlage für längere Zeit niedriger zu halten. Sie hätten daher für eine geringere Senkung pro Jahr plädiert.

Frau Keller stellte dann die Eckwertevorschläge nach Ausschüssen des Kreistages vor.

KR Bernhard Winter wollte zum Budget des Jugendhilfeausschusses wissen, was es bedeute, wenn "derzeit viele ambulante Hilfen scheitern und sich die Heimkosten beträchtlich erhöhen". Frau Keller meinte, mit "derzeit" sei die aktuelle Entwicklung gemeint. Die ambulanten Hilfen würden an ihre Grenzen stoßen. Einer Steigerung von 400.000 € entspräche bei Fallkosten pro Jahr von 35.000 bis 37.000 € ein Zuwachs von 9 bis 11 Fällen.

Zum Hinweis auf KR Ralf Kirchner auf den fehlenden bezahlbaren Wohnraum erinnerte Frau Keller an den Arbeitskreis Wohnungsnot, den der Landrat eingerichtet habe, sowie auf die Anträge zweier Kreistagsfraktionen zu diesem Thema.

Nach dem Sachvortrag bedankte sich Landrat Robert Niedergesäß bei Frau Keller und der Verwaltung für die Arbeit, die zu dem Eckwertevorschlag geführt hat.

Auf Nachfrage von KR Martin Lechner zum Sinn der Ziffer 3 (Höhe des Schuldendienstes) der Eckpunkte der Finanzleitlinie des Landkreises wies Frau Keller darauf hin, dass es sich bei den 5 Eckpunkten um 5 Warnindikatoren handle, die jeweils für sich zu sehen sind. Sie seien als Ampel zu betrachten, die sich bei einem Abweichen vom angestrebten Wert verfär-

ben, und damit anzeigen würden, dass Beratungsbedarf bestehe. Sobald einer der 5 Warnindikatoren gerissen werde, geht das sofort in die Gremien, um über Gegensteuerungsmaßnahmen zu beraten.

KR Albert Hingerl teilte für die SPD-Fraktion mit, dass diese den Eckwerten zustimmen werde. Er betonte besonders, dass die Abstimmung mit den Sachgebieten harmonisch verlaufen sei. Weiter hielt er fest, dass es die Kommunen seien, die den Haushalt tragen würden.

KR Benedikt Mayer teilte mit, dass Mitglieder der Grünen-Fraktion im Kreis- und Strategieausschuss gegen den Eckwert des Jugendhilfeausschusses gestimmt hätten. Seine Fraktion sei nach wie vor skeptisch, ob der Eckwert ausreiche. Die Fremdkosten würden immer höher werden. Er bat um getrennte Abstimmung zu diesem Eckwert.

KR Thomas Huber teilte mit, dass die CSU-Fraktion den Eckwerten zustimmen werde. Er bedankte sich bei Frau Keller, bei den Sachgebieten und beim Landrat und stellte fest, dass die Finanzleitlinie eingehalten werde.

KR Ewald Schurer mahnte an, sich beim Thema Wohnungsmarkt bald etwas zu überlegen. Es werde geförderte Formen von Wohnungen brauchen.

Landrat Robert Niedergesäß stellte im Anschluss an die Beratung den Beschlussvorschlag aus der Sitzungsvorlage zur Abstimmung.



Der Kreistag fasste folgenden Beschluss:

Ziffer 1 gegen 10 Stimmen

Ziffern 2 und 3 einstimmig

1. Für die Haushaltsberatungen 2014 werden den Fachausschüssen folgende Eckwerte vorgegeben:

	Plan 2013	Eckwert 2014
Kreis- und Strategieausschuss (KSA)	5.057.406	5.500.000
Jugendhilfeausschuss	10.794.757	11.300.000
FSK-Ausschuss	14.946.041	14.900.000
ULV-Ausschuss	4.236.138	4.400.000
LSV-Ausschuss	10.576.047	10.900.000
Summe	45.610.389	47.000.000

2. Die Summe der Eckwerte für die Fachausschüsse beträgt 47.000.000 €. In der Summe steigt die zur Verfügung gestellte Finanzmasse gegenüber der Planung 2013 um 1.389.611 €.

3. Die Fachausschüsse werden aufgefordert, bei der Haushaltsplanung 2014 diese Eckwerte einzuhalten.

TOP 7 ö	Liegenschaften; Generalsanierung Landratsamt Ebersberg; Größe des Sitzungssaals
---------	---

Diese Angelegenheit wurde u.a. behandelt im

- LSV-Ausschuss vom 05.10.2011 TOP 06 Ö – Vorstellung Entwurfsplanung, Außenanlagen, Kosten
- KSA vom 10.06.2013 TOP 10 NÖ – Informationen und Bekanntgaben
- LSV-Ausschuss vom 03.07.2013 TOP 04 Ö – Größe des Sitzungssaales
- KSA vom 15.07.2013 TOP 09 Ö – Größe des Sitzungssaales

Landrat Robert Niedergesäß führte in das Thema ein.

Ein "altes graues Mäuslein" habe sich inzwischen schon in ein modernes Bürogebäude verwandelt. Der Sitzungssaal sollte von 120 m² Fläche auf 80 m² Fläche verkleinert werden. Am 23. Mai habe er die Baumaßnahmen gestoppt, am 3. Juni mit den Fraktionssprechern besprochen und am 10. Juni in nichtöffentlicher Sitzung mit dem Kreis- und Strategieausschuss einvernehmlich vereinbart, dieses Thema im LSV-Ausschuss zu beraten. Dieser habe am 3. Juli weitere Untersuchungen beschlossen und dann das Thema an den Kreis- und Strategieausschuss am 15. Juli und nun auf diesen Kreistag am 29. Juli weiter gegeben.

Er verwies auf die Änderungen in den Verwaltungsstrukturen, auf die Vielzahl von Gelegenheiten, zu denen ein Raum in der bisherigen Größe benötigt werde, sowie auf das Schreiben von Kreisbrandrat Gerhard Bullinger zum Thema Katastrophenschutz, das an die Mitglieder des Kreistages versandt worden war.

Zu den Kosten verwies er auf die Aufstellung, die ebenfalls noch vor der Sitzung verschickt worden sei. Er meinte, man müsse bedenken, welche Kosten echte Mehrkosten seien. Das Flachdach zum Beispiel hätte sowieso saniert werden müssen.

Nach seiner Recherche habe es keinen einzigen Beschluss gegeben, der die Verkleinerung des Sitzungssaales explizit zum Inhalt gehabt hatte. Es entspreche dem Wesen der Demokratie, wenn neue Argumente und neue Erkenntnisse zu neuen Beschlüssen führen würden.

Dann stellte er den neuen Beschlussvorschlag vor, der den Mitgliedern des Kreistages als Tischvorlage zur Sitzung aufgelegt worden war.

KR Albert Hingerl griff das Stichwort "Demokratie" auf. Was auf der einen Seite anerkannt sei, könne auf der anderen Seite auch als Beliebigkeit bezeichnet werden. Er wollte wissen, was es mit dem Saal der Kreissparkasse auf sich habe, in der der Kreistag im Moment tage. Könne der Landkreis diesen mieten oder kaufen?

KR Ewald Schurer verstand die Emotionen zu diesem Thema. Er habe die Verkleinerung bisher schon nicht verstanden, sich aber auf die Fachausschüsse verlassen. Er werde dem Beschlussvorschlag des Landrates zustimmen und empfahl, eine Kostenobergrenze einzuführen.

KR Rudolf Heiler gestand dem neu gewählten Landrat zu, neue Gedanken und Visionen zu entwickeln und wollte wissen, für welche Zwecke der Stadtsaal durch den Landkreis genutzt werden solle und wie es sich mit dem Sparkassensaal verhalte. Im Beschlussvorschlag sollte das Wort "etwaige" gestrichen oder ersetzt werden.

Landrat Robert Niedergesäß meinte, wegen dem Saal der Sparkasse könne er keine Auskunft geben. Man müsste mit Herrn Waßmann als Vorstandsmitglied der Kreissparkasse reden. Zur Frage der Nutzung des Stadtsaales meinte er, die Personalweihnachtsfeier und die Personalversammlung würden dort stattfinden. Der Kreistag solle nach Möglichkeit im eigenen Haus tagen.¹

¹ Anmerkung der Verwaltung: Mittlerweile ist geklärt, dass der Sparkassensaal definitiv nicht zur Verfügung steht.

KR Walter Brilmayer teilte mit, dass Frau Geisler als rechtlich beratende Abteilungsleiterin für die Abteilung 1 geprüft habe, ob er als erster Bürgermeister der Stadt Ebersberg persönlich beteiligt im Sinne des Artikels 43 Absatz 1 der Landkreisordnung sei. Das sei nicht der Fall.

Weiter meinte er, es sei richtig, bei Zweifeln die Meinung zu ändern. Im Übrigen halte er die vorliegende Entscheidung für eine Sachentscheidung. Als Bürgermeister freue er sich, wenn der Stadtsaal oft vermietet werden könne. Als Kreisrat hatte er immer schon Sympathie für die Verkleinerung. Zum einen aus wirtschaftlichen Gründen. Zum anderen seien 120 m² nichts Ganzes und nichts Halbes.

Landrat Robert Niedergesäß wies auf die Stellungnahme des Kreisbrandrates hin.

KR Franz Greithanner teilte mit, dass die Fraktion Bündnis90/Die Grünen den Beschlussvorschlag ablehnen werde. Die Mitglieder des Kreistages hätten gewusst, dass der Sitzungssaal verkleinert werde. Diese Debatte komme um 4 Jahre zu spät. Diese Debatte befördere die Politikverdrossenheit, die bei der Landratswahl schon mit einer Wahlbeteiligung von nur 42 Prozent sichtbar gewesen sei.

Bisher habe niemand die Verkleinerung des Sitzungssaales in Frage gestellt. Die Kosten für Umplanung und Umbau könnten 400.000 bis 800.000 € betragen, aber auch 1,3 Mio. €. Der Beschlussvorschlag enthalte einen Persilschein für den Landrat. Vorteile seien daraus nicht ersichtlich.

Das Landratsamt erhalte einen ausgezeichneten Ausschussraum, der technisch gut ausgestattet sei. Er stellte fest, dass die CSU-Fraktion mit ihrer Zustimmung dem Landrat den Rücken stärke und wandte sich an seine Kollegen im LSV-Ausschuss, dem Beschlussvorschlag nicht zu folgen.

Landrat Robert Niedergesäß hielt entgegen, dass es sich nicht um Phantasiezahlen handle. Im Übrigen hätten mit dem Kandidaten Ernst Böhm wohl noch viele weitreichendere Änderungen kommen können. Ein neuer Landrat setze eben neue Impulse. Die Bürger würden Offenheit erwarten.

KR Martin Wagner wies darauf hin, dass über die Verkleinerung des Sitzungssaales in Sitzungen nicht explizit gesprochen worden sei. Weder der Kreistag oder einer seiner Ausschüsse hätten einer Verkleinerung ausdrücklich zugestimmt. Weiter wies er auf das Schreiben des Kreisbrandrates hin, der einen Raum für die Katastrophenschutzbehörde im Katastrophenfall mit den bisherigen 120 m² für dringend erforderlich hält. 2006 habe man das Postgebäude dafür eingeplant. Dieser Postschulungsraum sei nun verkauft worden. Er erinnerte daran, dass Katastrophenschutz eine Pflichtaufgabe des Landkreises ist. Weiter schlug er vor, die Bau- und Planungskosten per Beschluss auf 400.000 € zu deckeln. Schließlich bat er darum, die Emotionen herunterzufahren.

KRin Angelika Niebler teilte mit, dass es in verschiedenen Landratsämtern alle möglichen Konstellationen bezüglich Sitzungsraum für den Kreistag gebe. Sie verwies ebenfalls auf die Argumente zum Katastrophenschutz. Sie selbst wolle ein lebendiges Landratsamt. Das entspreche einer anderen Philosophie als bisher. Die Kosten müsse man allerdings im Auge behalten. Sie werde dem Beschlussvorschlag zustimmen, weil sie die Idee Landratsamt als Begegnungsstätte unterstütze.

KR Josef Schwäbl verwies auf die Kosten der Umplanung. Er finde es nicht schlecht, wenn sich etwas ändere. Wegen der Außenwirkung müsse man die Kosten beziffern. Niemand habe gewusst, dass die Statik auch für den bisherigen Betrieb nicht ausgelegt gewesen sei. Insgesamt wäre nur ein halbes Büro neu entstanden. Die Umplanung koste seiner Ansicht

nach nicht viel mehr. Jetzt nach dem Baustopp ohne Umplanung weiter zu arbeiten, koste auch schon 140.000 €.

KR Hans Vollhardt meinte, er habe in seiner bisherigen Praxis auch immer mit Kostendeckungen gearbeitet. Bei einem kleineren Sitzungssaal würden so genannte Sowieso-Kosten anfallen, also Kosten, die unabhängig vom weiteren Fortgang entstehen würden. So müsste wegen der bisher ungeprüften Dachstatik das Dach in jedem Fall saniert werden. Die bisher geplante Lüftungsanlage hielt er für überdimensioniert und sah darin Einsparpotenzial. Der Begriff "etwaig" sei nicht falsch gewählt. Er halte Mehrkosten von weit unter 400.000 € für realistisch. Mehrkosten würden für die Berücksichtigung der Belange des Katastrophenschutzes entstehen.

Landrat Robert Niedergesäß äußerte Verständnis für die Wünsche der KRe Rudolf Heiler und Ewald Schurer nach einer Deckelung der Kosten.

KRin Waltraud Gruber verwies darauf, dass im ursprünglichen Beschlussvorschlag die Mehrkosten mit "xxx" bezeichnet waren. Dann sei es besser, die Mehrkosten nicht zu beziffern. Zum anderen war sie nicht damit einverstanden, dem Landrat einen Persilschein auszustellen. Die Eilbedürftigkeit verursahe der Kreistag selbst. Die Mitglieder des Kreistages seien für den weiteren Fortgang der Baumaßnahme verantwortlich.

Landrat Robert Niedergesäß verwies darauf, dass er den Beschlussvorschlag nun während der Beratung um eine konkrete Zahl habe ergänzen lassen.

KR Martin Esterl meinte, die Mitglieder des LSV-Ausschusses hätten keine neuen Erkenntnisse gewonnen. Über die Verkleinerung des Sitzungssaales habe der Kreistag mit dem Gesamtkonzept abgestimmt. Und weiter gebe es mit der Kreissparkasse und der Stadt Ebersberg zwei Partner, die jeweils einen geeigneten Saal zur Verfügung stellen können.

KR Ralf Kirchner bedauerte, dass das Thema so spät gekommen sei und freute sich für den Erkenntnisgewinn bei Landrat Robert Niedergesäß. Wenn die Informationen nicht bei den Mitglieder des Kreistages ankämen, dann sollte man dies nicht der Verwaltung anlasten. Er empfahl, Ross und Reiter zu benennen. Er werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

KR Wolfgang Spiehl hielt es für legitim, einen neuen Gedanken zu bringen, auch um einen Fehler im letzten Moment zu vermeiden. Der Umbau des Landratsamtes wirke auf Generationen hinaus. Er werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

KRin Waltraud Gruber war der Meinung, dass Entscheidungen nach Ziffer 1 nicht eilbedürftig sind. Sie schlug vor, den Beschlussvorschlag deswegen zu ändern, oder diesen Hinweis anzubringen.

Im Folgenden arbeiteten Landrat Robert Niedergesäß und Mitglieder des Kreistages an den Formulierungen im Beschlussvorschlag. Landrat Robert Niedergesäß nahm einige Vorschläge in derem Einvernehmen auf.

KR Martin Peters prognostizierte eine peinliche Situation, sollten die Kosten den Betrag von 400.000 € übersteigen.

KR Hans Vollhardt meinte, wenn eine Obergrenze von 400.000 € genannt sei, dann werde diese auch ausgereizt. Er beantragte, eine Obergrenze von 200.000 € an Mehrkosten in den Beschlussvorschlag mit aufzunehmen.

Landrat Robert Niedergesäß ließ über den Antrag abstimmen.



Der Kreistag fasste folgenden Beschluss:

mit 4 Stimmen

gegen die übrigen Stimmen

Der Kreistag stellt im Haushalt 2014 nur Haushaltsmittel in Höhe von 200.000 € gegenüber dem derzeitigen Planungsstand zur Verfügung. Im Beschlussvorschlag wird der Wert von 400.000 € in 200.000 € geändert.

Damit war der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann ließ Landrat Robert Niedergesäß über den nun vorliegenden Beschlussvorschlag abstimmen.



Der Kreistag fasste folgenden Beschluss:

mit 32 Stimmen

gegen 21 Stimmen

- 1. Der Sitzungssaal im Südtrakt des Landratsamtes bleibt in der ursprünglichen Größe erhalten. Der Landrat wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen umgehend zu veranlassen. In die Planung und Umsetzung einzubeziehen sind die zusätzliche Zweckbestimmung des Saales (Katastrophenschutz), die Dachsanierung (unter Berücksichtigung der Belastbarkeit durch Schneelasten) und die Vereinfachung der Lüftungsanlage nebst evtl. unvermeidbaren Folgemaßnahmen.**
- 2. Unter ausdrücklicher Bezugnahme auf § 47 der Geschäftsordnung des Kreistags wird der Landrat wegen der Eilbedürftigkeit und zur möglichststen Vermeidung von Mehraufwendungen aufgrund von Bauzeitverzögerungen ermächtigt, Eilgeschäfte zum Vollzug der Ziffer 1 vorzunehmen. Dem Kreistag, dem Kreis- und Strategieausschuss und dem LSV-Ausschuss ist jeweils unverzüglich über den Vollzug und die Kostenentwicklung zu berichten.**
- 3. Haushaltsmittel zur Abdeckung von Mehrkosten, die ausschließlich auf die jetzige Umplanung zurückzuführen sind (in Höhe von max. 400.000 Euro gegenüber dem derzeitigen Planungsstand einschließlich von Mehraufwendungen aufgrund von Bauzeitverzögerungen), werden im Haushalt 2014 bereitgestellt. Die Gesamtinvestitionssumme ist um den entsprechenden Betrag zu erhöhen.**
- 4. Die Verwaltung wird beauftragt, die tatsächliche Kostenentwicklung der „kleinen Lösung“ den Mehrkosten der „großen Lösung“ gegenüberzustellen.**

TOP 8 ö	Bekanntgabe von Eilentscheidungen
---------	-----------------------------------

Keine

TOP 9.1 ö	Informationen und Bekanntgaben; geplante B15 neu durch den Landkreis Ebersberg
-----------	---

Landrat Robert Niedergesäß berichtete von der Veranstaltung zur B15 neu, die vor Kurzem in Bruckhof in der Gemeinde Emmering stattgefunden hatte. Er habe dort die Position des Kreistages vertreten, wonach dieser grundsätzlich gegen eine B15 neu im Atteltal ist.

Er berichtete weiter von einem Gespräch im Bayerischen Landtag, an dem Vertreter der Obersten Baubehörde des Innenministeriums teilgenommen hatten. Bei diesem Gespräch haben er, KRin Christa Stewens und KR Thomas Huber klar artikuliert, dass sie alles unternehmen würden, um eine B15 neu im Atteltal zu verhindern. Die Vertreter der Obersten Baubehörden hätten zugesagt, im Herbst Planungsvarianten beim Bund einzureichen, nach denen sich die Trasse der B15 neu an der bestehenden B15 orientieren und nicht mehr durch das Atteltal im Landkreis Ebersberg führen werde. Die Pressemitteilung habe die Oberste Baubehörde vor deren Veröffentlichung frei gegeben.

Er gehe davon aus, dass damit das Thema B15 neu für den Landkreis Ebersberg erledigt sei. Sie werde nun durch den Landkreis Rosenheim geführt. Der Landkreis Ebersberg bleibe verschont. Darauf könne man stolz sein.

Er wies des Weiteren auf eine interessante Petition der Grünen hin. Unterschriftenlisten würden im Sitzungsraum aufliegen. Wer sich eintragen wolle, könne dies tun.

KR Ewald Schurer hielt diese Initiative für richtig. Es sei gut gewesen, dass es ein Gespräch gegeben habe. Allerdings werde die Entscheidung über die B15 neu im Jahre 2014 beim Bund getroffen. Er selbst setze sich ebenfalls für einen alternativen Ausbau der B15 ein.

Er hielt es dagegen für ein Märchen, dass damit die Pläne für eine B15 neu durch das Atteltal beendet seien. Die Oberste Baubehörde habe die B15 neu im vollen Bewusstsein, das dort ein FFH-Gebiet bestehe, angemeldet, auch im Wissen darüber, dass der Bundesverkehrswegeplan mit all den angemeldeten Projekten überzeichnet ist.

Das Thema sei noch nicht gegessen. Es treffe die neue Bundesregierung, ebenso wie die neue Bayerische Staatsregierung. Die jetzige Staatsregierung habe die B15 neu nämlich angemeldet. Gespräche darüber seien aber in jedem Fall gut.

Die Anmeldung der B15 neu habe nur bedingt etwas mit der Finanzierung zu tun.

Der Freistaat Bayern habe die Anmeldung bisher noch nicht widerrufen.

Landrat Robert Niedergesäß meinte dazu, dass das eine das andere nicht ausschließe.

KRin Christa Stewens ergänzte, dass vor etwa 40 Jahren eine Trassenführung in einem Raumordnungsverfahren mit einer positiven landesplanerischen Beurteilung abgeschlossen worden sei. Sie sei mit einer bestimmten Dringlichkeitsstufe in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen worden. Derzeit unterziehe das Bundesverkehrsministerium die Maßnahme einer Kosten-Nutzen-Bewertung.

Sie informierte weiter: Im Abschnitt Landshut bis zur A94 laufe derzeit die Planung. Von Norden her bis nach Ergolsbach bei Landshut werde aktuell gebaut. Von der A94 bis nach Rosenheim hat der Freistaat die Planung nicht aufgegeben.

Die Oberste Baubehörde arbeite im Auftrag des Innenministeriums, und damit auch im Auftrag des Bundes. Sie werde nun eine Trasse entlang an der B15 planen. Eine hundertprozentige Sicherheit gebe es nie. Deshalb hätten sie die Pressemitteilung von der Obersten Baubehörde gegenbestätigen lassen. Sie sei der Meinung, dass das Atteltal als Schatz erhalten bleiben müsse. Sie persönlich sehe die Angelegenheit nicht so schwarz wie KR Ewald Schurer.

KR Max Maier bedankte sich bei Thomas Huber, Christa Stewens und Robert Niedergesäß. Er selbst sei aber erst dann beruhigt, wenn für eine B15 neu kein Bedarf gesehen werde. Die Aussage, sich "keine Sorge um die Heimat mehr machen" müssen, umfasse für ihn auch die Sorge um die Heimat, die für ihn auch bis zum Inn gehe.

KRin Waltraud Gruber berichtete, dass es sich bei der Petition nicht um eine Petition der GRÜNEN handle. Vielmehr stehe eine überparteiliche Initiative dahinter.

Landrat Robert Niedergesäß schloss das Thema mit der offenen Frage an KR Ewald Schurer ab, welche Trasse der Freistaat Bayern angemeldet habe. Er selbst sei zuversichtlich, dass es keine Trasse mehr durch das Atteltal geben werde. Selbst Fachleute würden zudem nicht glauben, dass die B15 neu künftig in den vordringlichen Bedarf eingestuft werde.

TOP 9.2 ö	Informationen und Bekanntgaben; Antrag der Fraktion B90/Die GRÜNEN zu Mindestabständen zu Windkraftanlagen
-----------	---

Landrat Robert Niedergesäß teilte mit, dass ein Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zu Mindestabständen zu Windkraftanlagen vorliege. Dieser müsste vor der Behandlung im Kreistag im Kreis- und Strategieausschuss behandelt werden. Im Übrigen habe er selbst schon einen Brief an den Bayerischen Ministerpräsidenten im gleichen Sinne geschrieben.

KRin Waltraud Gruber gab zu, dass sie den Antrag nicht zuerst an den Kreis- und Strategieausschuss gestellt hatte. Sie habe den vorgeschlagenen Brief an den Bayerischen Ministerpräsidenten unterschrieben, Die Fraktionssprecher der Freien Wähler-Fraktion und der SPD-Fraktion haben ebenfalls schon unterschrieben. Wenn sich die CSU-Fraktion und die FDP-Fraktion dem Inhalt anschließen könnten, dann würde sie ihn mit deren Unterschriften absenden.

TOP 10 ö	Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung
----------	--

keine

TOP 11.1 ö	Anfrage KRin Ursula Bittner zur Umplanung der Generalsanierung des Landratsamtes
------------	--

KRin Ursula Bittner wollte wissen, innerhalb welcher Zeit der bisherige Plan umgeplant werden könne. KRin Angelika Niebler schloss sich dem an und schlug vor, in der nächsten Sitzung des zuständigen Ausschusses die Belange des Katastrophenschutzes zu behandeln.

TOP 11.2 ö	Anfrage KR Ewald Schurer zur Veröffentlichung von Niederschriften des Kreistages und seiner Ausschüsse
------------	--

KR Ewald Schurer sprach das Thema Transparenz von Kommunalparlamenten an. Er sprach sich dafür aus, Protokolle öffentlich transparent zu machen. Damit sei es möglich, nachzuvollziehen, welche Beschlüsse in welcher Zeit vollzogen würden. Diese Information sollte schnell und umfassend zur Verfügung stehen.

Landrat Robert Niedergesäß teilt ihm mit, dass die Verwaltung gerade dabei sei, dies zu bewerkstelligen. Es sollten Protokolle und Sitzungsvorlagen mit Tagesordnung und Abstimmungsergebnissen veröffentlicht werden. Er verwies auf den Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen dazu, der derzeit von der Projektgruppe Politik und Verwaltung vorberaten werde.

TOP 11.3 ö	Anfrage KR Albert Hingerl zur Sicherstellung des Rechtsanspruches auf einen Kinderbetreuungsaplatz
------------	--

An der Beratung nahmen teil:

Christian Salberg Leiter des Kreisjugendamtes
Stefanie Geisler Leiterin der Abteilung 2

KR Albert Hingerl hatte schriftlich um Auskunft darüber gebeten, wie die Sicherstellung des Rechtsanspruches auf einen Kinderbetreuungsplatz gewährleistet werde, und welche Maßnahmen seitens des Landratsamtes ergriffen worden sind. Weiter hatte er um einen Überblick über die Situation in den einzelnen Gemeinden gebeten.

Landrat Robert Niedergesäß übergab das Wort an Frau Geisler und Herrn Salberg, die die Antwort mittels PowerPoint-Folien präsentierten.

Sie stellten die gesetzlichen Grundlagen und die bisherigen Aktivitäten, sowie die Zusätzlichen und laufenden Maßnahmen des Landkreises vor.

Dann informierten sie über den aktuellen Sachstand in allen Gemeinden. In 18 Kommunen sei eine 100 %-Versorgung gewährleistet, gegebenenfalls sogar mit freien Plätzen; in 3 Kommunen (Vaterstetten, Markt Schwaben und Zorneding) seien möglicherweise Probleme wegen insgesamt 206 fehlenden Plätzen zu erwarten. Diese sollten aber nach Plan bis März 2014 behoben sein.

Als Resümee teilten sie mit, dass bis dato keine Klage anhängig sei und der Landkreis die Gemeinden weiter begleiten werde. Sie gaben folgenden Ausblick:

1. enger Austausch mit allen Kommunen
2. enges Reporting aller Kommunen
3. Fortführung der Fachplanungsgruppe U 3
4. Ausbau der Tagespflege als gleichwertiges Angebot
5. Fortlaufende juristische Beratung
6. Entwicklung weiterer Ideen zur Personalgewinnung

Zum Abschluss wies Herr Salberg darauf hin, dass andere Landkreise weniger tun würden als der Landkreis Ebersberg.

Ende der Niederschrift der öffentlichen Sitzung.